

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Integrationsrates**  
**am 26.09.2018**

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

**Anwesend:**

**Mitglieder**

Frau Murisa Adilovic  
Frau Brigitte Biermann  
Herr Jens Burnicki  
Frau Marlis Bußmann  
Frau Dilek Dogan-Alagöz  
Frau Irini Mavreli  
Frau Viola Obasohan  
Herr Mehmet Ali Ölmez  
Herr Ali Sedo Rasho  
Herr John Jude Pirapakaran Savarimuthu  
Herr Dilshad Simo Yoki  
Herr Michael Weber  
Herr Cemil Yildirim  
Herr Selim Yilmazer

**Entschuldigt:**

Frau Bahar Ağırbaş  
Herr Yunus Cakar

**Von der Verwaltung:**

Frau Isfendiyar, Kommunales Integrationszentrum  
Frau Grewe, Kommunales Integrationszentrum/ Integrationsbeauftragte  
Frau Dr. Anna Klein, Bildungsbüro-  
Herr Hanke, Amt für Jugend und Familie – Jugendamt

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Ölmez stellt nach der Begrüßung die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

#### **Zu Punkt 1**      Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

#### **Zu Punkt 2**      Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 27.06.2018

##### Beschluss:

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Integrationsrates am 27.06.2018 wird genehmigt.**

- einstimmig beschlossen –

#### **Zu Punkt 3**      Mitteilungen

- Herr Yildirim berichtet aus der Sitzung des Seniorenrates und teilt mit, dass die Stiftung für Solidarität Seniorinnen bzw. Senioren Hilfe und Unterstützung anbietet.
- Ferner regt er an, das 50jährige Jubiläum der Anwerbung von Arbeitskräften aus dem ehemaligen Jugoslawien mit einem Festakt zu begehen.
- Da eine große Zahl von Ausgesiedelten in Bielefeld lebt, solle eine Städtepartnerschaft z. B. mit einer Stadt in Kasachstan angestrebt werden.
  
- Herr Vorsitzender Ölmez will die Gelegenheit heute nutzen um Frau Adilovic im Namen des Integrationsrates für ihre Initiative, ihr Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus zu danken. Die Aktion, die bis zum 5. Novembergeplant ist, hat in der Stadtgesellschaft eine große Reso-

nanz gefunden. Er würde eine rege Teilnahme der Mitglieder sehr begrüßen.

- Herr Rasho verweist auf eine Filmaufführung zum Schicksal der Eziden.

-.-.-

#### **Zu Punkt 4**

##### **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

#### **Zu Punkt 5**

##### **Anträge**

Es liegt ein Antrag von Frau Bußmann (Die Linke) zu **TOP 6 “Aufnahme minderjähriger unbegleiteter Geflüchteter aus Seenot“** vor.

#### **Zu Punkt 6**

##### **Aufnahme minderjähriger unbegleiteter Geflüchteter aus Seenot**

###### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7116/2014-2020

Herr Hanke gibt eine Einführung zur Vorlage.

Aufgrund der guten Erfahrungen mit der Fachlichkeit in den vergangenen Jahren und aus der Verantwortung heraus, die Menschen zu unterstützen, die unter gefährlichen Bedingungen auf dem Mittelmeer unterwegs waren, habe der Oberbürgermeister den Vorschlag gemacht, aus Seenot gerettete unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bielefeld aufzunehmen.

Für den Fall, dass infolgedessen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bielefeld aufgenommen werden, sei von den infrage kommenden freien Trägern Unterstützung bei der Betreuung zugesagt worden. Die Anzahl der in Bielefeld betreuten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge habe in der Spitze bei 550 gelegen, aktuell liege die Zahl bei 210.

Herr Weber beanstandet, dass der Oberbürgermeister sich nicht im Vorfeld mit der gesamten Politik abgestimmt habe.

Er halte den Vorstoß nicht für richtig bzw. das Thema im Wahlkampf zu instrumentalisieren. Im Vorfeld bestand die Möglichkeit, mit allen Fraktionen im Konsens einen gemeinsamen Weg zu finden und abzusprechen. Er habe die Aufnahme leider ohne die Einbeziehung der Fraktionen, in der Öffentlichkeit zum Thema gemacht. Er bedauere dieses sehr und für die CDU Fraktion werde er der Vorlage nicht zustimmen.

Frau Adilovic begrüßt die Initiative des Oberbürgermeisters, die unbegleiteten Flüchtlingskinder aufzunehmen. Menschenleben zu retten sei Pflicht einer offenen Gesellschaft. Sie ist der Überzeugung, dass auch Bielefelder Verbände ihre Bereitschaft immer betont haben, mehr unbegleitete Flüchtlinge, die in Not sind, aufzunehmen.

Frau Bußmann führt aus: unter den dramatischen Zuständen, in denen sich die Flüchtlinge befinden, sei es nicht hilfreich, dieses Thema mit parteipolitischem Kalkül zu problematisieren. Sie begrüße die Initiative des Oberbürgermeisters und verweist auf den Antrag der Linken, in dem Punkt 1 des Antrages in der zweiten Zeile wie folgt ergänzt wird: „:... dass die Stadt Bielefeld bereit ist, Flüchtlinge, insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufzunehmen, ...“

Frau Biermann (SPD) möchte sich heute bei der Abstimmung enthalten und auch dem Änderungsvorschlag der Linken nicht zustimmen.

Herr Weber stellt erneut klar, dass die Fraktion der CDU immer für eine Aufnahme der Flüchtlinge in der Stadt war und immer um einen Konsens mit allen Fraktionen im Rat bemüht war. Das sei eine gute Tradition in Bielefeld, bei wichtigen Themen wie die Aufnahme von Flüchtlingen im Vorfeld zu sprechen und eine einvernehmliche Strategie für die Stadt Bielefeld zu verfolgen. Er lehne lediglich eine Instrumentalisierung für Wahlkampfzwecke ab.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss, der Haupt-. Wirtschafts- und Beteiligungsausschuss empfehlen, der Rat beschließt:

- 1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Bundesregierung und der Landesregierung mitzuteilen, dass die Stadt Bielefeld bereit ist, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufzunehmen, die in Seenot geraten und aus ihr gerettet worden sind.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den in Frage kommenden freien Trägern der Jugendhilfe die notwendigen Absprachen zu treffen, um bei Bedarf kurzfristig die notwendigen Kapazitäten zur Aufnahme und Versorgung der Kinder und Jugendlichen schaffen zu können.**

-bei einer Gegenstimme mit großer Mehrheit beschlossen-

Herr Vorsitzender Ölmez lässt dann über den Antrag der Fraktion DIE LINKE

-.-.-

zum **TOP 6** **“Aufnahme minderjähriger unbegleiteter Geflüchteter aus Seenot“** abstimmen:

### **Beschluss:**

Im Punkt 1 des Antrages wird in der zweiten Zeile wie folgt formuliert / ergänzt: **...dass die Stadt Bielefeld bereit ist, Flüchtlinge, insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufzunehmen, ...“**

Enthaltungen: 3

Gegenstimmen: 1

-somit mehrheitlich beschlossen-

## Zu Punkt 7

### Der Arbeitsprozess "Bielefeld integriert" - Rückblick und Perspektiven

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7284/2014-2020

Frau Grewe stellt die wesentlichen Eckpunkte der Vorlage vor und verweist auf die neue Arbeitsstruktur „Bielefeld integriert“.

Frau Adilovic und Frau Obasohan loben das bisherige Engagement der Stadt und begrüßen den weiteren Prozess „Bielefeld integriert“.

Herr Weber hält die einzelnen Schritte, die in der Vorlage detailliert beschrieben sind, für sehr wichtig und effektiv. Die Übereinstimmung in diesem Ablaufprozess unter Beteiligung aller Akteure in der Stadtgesellschaft sowie der Politik sei die richtige Vorgehensweise, die er bei der neuen Initiative des Oberbürgermeisters allerdings vermisse.

Frau Biermann erklärt, dass durch die zusätzliche Aufnahme der unbegleiteten Flüchtlingskinder der bisherige Prozess „Bielefeld integriert“ nicht infrage gestellt werde. Sondern es gehe darum, Möglichkeiten zu prüfen, inwieweit ein humanistischer Akt implementiert werde.

#### Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss, der Haupt-, Wirtschafts- und Beteiligungsausschuss empfehlen, der Rat beschließt:

- 1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Bundesregierung und der Landesregierung mitzuteilen, dass die Stadt Bielefeld bereit ist, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufzunehmen, die in Seenot geraten und aus ihr gerettet worden sind.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den in Frage kommenden freien Trägern der Jugendhilfe die notwendigen Absprachen zu treffen, um bei Bedarf kurzfristig die notwendigen Kapazitäten zur Aufnahme und Versorgung der Kinder und Jugendlichen schaffen zu können.**
- 3. Über die Umsetzung ist regelmäßig in den Fachausschüssen zu berichten.**

-einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen-

-.-.-

## Zu Punkt 8

### Integrationsmonitoring – Daten zur Teilhabe von Bielefelderinnen und Bielefeldern mit Migrationshintergrund in den Jahren

## **2012 bis 2016**

### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7199/2014-2020

Frau Grewe erläutert eingangs dass das vorliegende Monitoring die Jahre 2012 bis 2016 umfasst und ist eine erste Fortschreibung des Integrationsmonitorings aus dem Jahre 2013 darstellt, welches auf Zahlen der Jahre 2010 bis 2012 basierte. Somit können in diesem Bericht zum ersten Mal Trends dargestellt werden. Die Fortschreibung des Integrationsmonitorings wurde möglich durch die Unterstützung des Kooperationsprojekts (Kommunales Bildungsbüro und Kommunales Integrationszentrum). „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ Der Bericht soll Entscheidungsträgern für künftige strategische Ausrichtungen und Entscheidungsfindungen zur Ausgestaltung integrationspolitischer Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, ist jedoch ebenfalls an interessierte Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet.

Anschließend erläutert Frau Dr. Anna Klein von Bildungsbüro an Hand einer Präsentation die Fakten über die Bevölkerungsentwicklung, rechtliche Integration, Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit und wohnräumliche Segregation.

Herr Yildirim stellt fest, dass die Statistik die 3. und 4. Generation nicht erfasst und somit würden bestimmte Trends und Entwicklungen nicht authentisch wiedergegeben.

Frau Irini Mavreli konstatiert, dass die vorgestellten Daten des Integrationsmonitorings viele Fragen aufwerfen, die für das Gremium größte Relevanz haben.

Von diesem Hintergrund möchte sie die Verwaltung bitten, einen Maßnahmenentwurf zu unterbreiten:

- Welche Maßnahmen können umgesetzt werden um die Zahl der Einbürgerungen zu steigern?
- Wie kann erreicht werden, dass mehr Kinder, die in der Familie nicht überwiegend Deutsch sprechen, früher die Kindertageseinrichtungen besuchen und in ihrer weiteren Bildungslaufbahn davon profitieren?
- Wie können die schulischen Erfolge gefördert werden, d. h.
- die Anteile der Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte an Gymnasien und
- deren Anteile an den Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife?
- Wodurch kann der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler, die eine duale Ausbildung absolvieren, gesteigert werden?
- Wie setzt die Stadt Bielefeld die 2010 bzw. 2016 beschlossene

nen Maßnahmenvorschläge des Integrationskonzeptes bezogen auf die Personalpolitik (Personalgewinnung, Aufstiegsförderung und Fortbildung, Führungskräfte, Verbesserung des Zugangs zu Fach- und Regeldiensten) um?

Herr Vorsitzender Ölmez bittet die Verwaltung zu den Themen, die Frau Mavreli angerissen hat, demnächst Bericht zu erstatten.

-.-.-

## Zu Punkt 9

### **Rahmenrichtlinien für die Vergabe von städtischen Zuschüssen für Schulische Integrationshilfen der Stadt Bielefeld** **Aktualisierte Fassung der Richtlinien**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7238/2014-2020

Frau Isfendiyar verweist auf die Vorlage und erklärt, dass eine Aktualisierung der Rahmenrichtlinien nötig sei, um u.a. die aktuell geltenden rechtlichen Grundlagen aufzunehmen, sowie der aktuellen Beschulungssituation von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden.

Darüber hinaus werden nur redaktionelle Änderungen im Text vorgenommen.

RM Frau Biermann begrüßt die Transparenz und inhaltliche Ausrichtung der Richtlinien und hielte auch solche Richtlinien auch für den Kitabereich für wünschenswert. Sie regt an, die Förderung der Interkulturellen Arbeit in den Kitas durch bestimmte interkulturelle Kriterien zusätzlich zu unterstützen.

Diese Möglichkeit solle mit dem Jugendamt erörtert und überprüft werden. Konkret will sie wissen, ob es auch im Jugendamt für die Förderung der neuzugewanderten Kinder ähnliche Richtlinien vorhanden seien.

#### **Beschluss:**

**Die aktualisierte Fassung der „Rahmenrichtlinien für die Gewährung von städtischen Zuschüssen für Schulische Integrationshilfen“ der Stadt Bielefeld wird gemäß der Anlage verabschiedet. Sie treten im Schuljahr 2018/2019 zum 1.11.2018 in Kraft.**

**Die „Rahmenrichtlinien für die Gewährung von städtischen Zuschüssen für Schulische Integrationshilfen“ der Stadt Bielefeld i. d. F. vom 27.06.2012 treten mit Ablauf des 31.10.2018 außer Kraft**

-einstimmig-

-.-.-

## Zu Punkt 10

### **Bericht zur Entwicklung der Hilfen zur Erziehung 2017**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7069/2014-2020

Ohne Aussprache nimmt der Integrationsrat die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

---

**Nichtöffentliche Sitzung:**

**Zu Punkt 11**      **Genehmigung des nichtöffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 27.06.2018**  
**Beschluss:**

Die Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der Sitzung des Integrationsrates am 27.06.2018 wird genehmigt.

-der Integrationsrat nimmt zur Kenntnis-

---

**Zu Punkt 12**      **Mitteilungen**  
**./.**

---

**Zu Punkt 13**      **Anfragen**  
**./.**

**Zu Punkt 14**      **Anträge**  
**./.**

---

Mehmet Ali Ölmez

---

Emir Ali Sağ